

Ratsfraktion der MBI - Wählergemeinschaft Mülheimer Bürger Initiativen

MBI-Fraktionsgeschäftsstelle:
Tel. : 3899810 Fax: 3899811

Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim
e-mail: mbi@mbi-mh.de, Internet: www.mbi-mh.de

MBI

Die Allianz der Abzocker kennt wohl kein Weihnachten:
Nach saftigen Gebührenerhöhungen für Müllabfuhr und
Straßenreinigung in 2008 auch noch 10% Gaspreiserhöhung !

Weihnachten und die Schamlosigkeit

2007 war in Deutschland das Jahr mit den bisher größten Steuererhöhungen seit Kriegsende. Exportboom und die damit sinkende Arbeitslosigkeit verdrängten das aber in den Hintergrund. 2008 droht noch schlimmer zu werden: **Städte drehen teilweise schamlos an der Gebührenschaube wie unsere Stadt Mülheim mit 17,7% mehr für Müllabfuhr und 15,4% mehr für Straßenreinigung.**

Strom- und Gaspreise der Energiemonopole und ihrer Töchter sowie Enkel sollen außerdem erneut explodieren, fast genauso wie die Überschüsse dieser Klimakiller, vgl. dazu auch den WDR-Beitrag auf Seite 2.

In Mülheim erhöht der Gasversorger medl (49% RWE) die Preise zum 1. Feb. um 10,2%. Diese Nachricht erhielten die meisten medl-Kunden per Brief am 24. Dez., also „bestens“ plaziert zur Hebung der weihnachtlichen Stimmung. Seit Okt. 2004 beträgt damit die gesamte medl-Preissteigerung satte 53% netto und 57% brutto!



Medl-Gaskunden kann man nur raten, erneut Widerspruch einzulegen, bestenfalls Preise bis Okt. 2005 zu akzeptieren und Abschläge sowie ggfs. Jahresrechnung entsprechend zu kürzen. Auch für diese erneute Preiserhöhung hat die medl ihre Kalkulation für die Preisanpassung wieder nicht offengelegt, ein Nachweis der Billigkeit der medl-Gaspreise gemäß & 315 BGB ist nicht erbracht!

Und weil dem RWE die Kunden weglaufen, will der Konzern sich bei den abhängigen Kommunen die Profite sichern so wie mit dem Versuch, die **Verträge mit den sog. Karnap-Städten für die Müllverbrennungsanlage in Essen-Karnap so zu ändern, dass die Städte (Essen, Mülheim, Gladbeck, Bottrop, Gelsenkirchen) nicht nur das gesamte zukünftige Risiko sinkender Einnahmen alleine tragen, sondern auch noch jährlich mehr dem RWE bezahlen sollen. Für Mülheim würde das eine weitere Müllgebührensteigerung von ca. 30% bedeuten!**

Ein Skandal, wie die Gebührenzahler der RWE-hörigen Städte bluten sollen. Ab 1.1.2008 sollten die neuen Karnap-Verträge bereits gelten, die zum Glück noch etwas ins Gerede und damit ins Stocken gekommen sind. Genauso skandalös, dass diese Neuverträge - obwohl die alten noch bis Ende 2014 gültig sind! - eingestielt wurden von Frau Dr. Jasper, die seinerzeit beim Verkauf des RWW-Wasserwerks die Stadt Mülheim für viel Geld „beraten“ hat - zu Gunsten des RWE! Dass über ihre Liebschaft zum damaligen OB Baganz dieser abtreten musste, hat ihm nicht geschadet, denn er ist jetzt Staatssekretär im Düsseldorfer Wirtschaftsministerium, also u.a. zuständig für die Kontrolle der Energiekonzerne. So schließen sich die Kreise.

Die Politik muss sich insgesamt bald mehr einfallen lassen als die bisherigen Sonntagsreden, um endlich die Abzockerei in den Bereichen der Daseinsvorsorge einzudämmen. Ansonsten geraten auch Mittelstand und Binnenkonjunktur zusehends in eine Art Würgegriff. Da kann man nur einen guten Rutsch nach 2008 wünschen und Besinnlicheres als medl-Briefe zu Weihnachten mit der Ankündigung von saftigen Preiserhöhungen!

Im WDR-Bericht vom 23.12.07 (auf S. 2+3): "Zum Jahresbeginn steigen Preise für Strom und Gas. Energiepreise „schwer begründbar“ steht im letzten Absatz: „....So ermittelt das Landeskartellamt NRW bereits beim Mülheimer Gasversorger MEDL wegen möglicherweise überhöhter Gaspreise, andere Unternehmen habe die Behörde „im Visier“,“ Na denn! Man darf gespannt sein.

gaspreise-*runter*-mh
BürgerInitiative

nächstes Treffen der Initiative am Mittwoch,
dem 9. Januar, um 19.00 Uhr in der Gaststätte
„Altes Schilderhaus“ an der Südstraße.
Hauptthemen: 1.) Sammelklage gegen die medl-
Gaspreise und 2.) Preiserhöhung zum 1. Feb.. Auch Frau RA Holling wird dabei sein.

Zum Jahresbeginn steigen Preise für Strom und Gas

Energiepreise „schwer begründbar“

Von Nina Magoley, WDR 23.12.07

Sie steigen schon wieder: die Preise für Strom und Gas. Zum ersten Januar 2008 wollen die großen Energieversorger wie RWE oder Eon ihre Gebühren noch einmal um bis zu zehn Prozent erhöhen. Viele Kunden reagieren mit Kündigung.

Es scheint eine endlose Spirale: Im Zeitraum von einem Jahr - April 2006 bis März 2007 - sind nach Angaben der Bundesnetzagentur die Strompreise im Haushaltsbereich im Schnitt um etwa sechs Prozent, die Gaspreise um rund 1,8 Prozent erhöht worden. Das war noch vor der Gesetzesänderung. Seit dem 1. Juni 2007 müssen die Energieversorger ihre Preise nicht mehr von den Behörden genehmigen lassen. Nun schießen die Gebühren für den Endverbraucher in die Höhe.



Kaum nachvollziehbare Gründe für Preiserhöhung

Link • Hohe Gaspreise: Was tun? [wdr2.de]unter <http://www.wdr.de/radio/wdr2/moma/443764.phtml>

Kunden, die ihren Strom von RWE oder Eon beziehen, werden ab Jahresbeginn noch einmal knapp zehn Prozent mehr dafür bezahlen müssen. Gas soll um neun Prozent teurer werden. Eon-Vorstandschef Wulf Bernotat rechnet auch danach noch mit weiteren Erhöhungen. Denn: „Die weltweite Nachfrage nach Energie ist ungebrochen. Dem werden sich auch die Strompreise nicht entziehen können.“

„Schwer begründbar“ findet dagegen der Präsident der Bundesnetzagentur, Matthias Kurth, die bevorstehende Preiserhöhung. Der Hinweis der Energiekonzerne, die Kosten für die Rohstoffe stiegen, sei nicht ausreichend. Denn gerade das ist nach Angaben der Netzagentur, die die Gebühren für die Netznutzung kontrolliert, noch der kleinste Posten.



Die Komponenten der Stromrechnung: Was kosten Strom und Gas?

Wie entstehen also die Preise für Strom und Gas? Beim Strom machen die Beschaffungskosten mit 24 Prozent gerade mal ein Viertel aus. Beim Gas ist es mit 54 Prozent gut die Hälfte des Gesamtpreises. Mehr zahlt der Stromkunde an Steuern und Abgaben: 41 Prozent des Endpreises wandern in die öffentlichen Kassen, 24 Prozent sind es für den Gaskunden. Hinzu kommen noch Kosten für die Netznutzung - Betrieb und Durchleitung -, die bei Strom mit einem weiteren Drittel, beim Gas mit einem Fünftel zu Buche schlagen. Das Netznutzungsentgelt ist der einzige Posten in der Rechnung, der

durch die Bundesnetzagentur staatlich reguliert wird und nicht dem freien Wettbewerb unterliegt.

Senkung der Netznutzungskosten - ohne Folgen

Zum 1. Januar 2007 mussten die Energiekonzerne ihre Preise für die Netznutzung um durchschnittlich einen Cent senken, von 7,3 auf 6,3 Cent pro Kilowattstunde. Auf der Rechnung des Endverbraucher kam das allerdings bisher nicht an. „Dafür erhöhen die Energiekonzerne dann andere Posten, zum Beispiel für die Energiebeschaffung“, kritisiert Renate Hichert von der Bundesnetzagentur. Die Energieriesen RWE und ENBW hatten gegen die Senkung der Netzgebühren geklagt. RWE gab an, dem Konzern seien dadurch in den ersten neun Monaten dieses Jahres 500 Millionen Euro entgangen. Beide zogen ihre Klage aber schließlich wieder zurück. Die Netzagentur prüft zurzeit die Netznutzungsentgelte für das kommende Jahr. „Möglicherweise müssen die Preise zum 1. Januar noch mal gesenkt werden“, sagt Hichert. Für den Endverbraucher wird das voraussichtlich trotzdem wieder keine Entlastung bedeuten.

Massenkündigungen bei RWE

Doch offensichtlich wollen sich viele Verbraucher die Preisspirale nicht mehr gefallen lassen. Bei RWE hat die angekündigte Preissteigerung kurz vor Jahresende dafür gesorgt, dass „zehntausende“, so vermeldet RWE, den Anbieter wechseln. Um die Kündigungswelle zu stoppen, hat RWE noch schnell ein Angebot

herausgebracht, das eine Preisgarantie für drei Jahre beinhaltet: 20,1 Cent je Kilowattstunde ab 1. Januar 2008. Ohne diesen Sondervertrag müsse der Kunde mit weiteren Preiserhöhungen rechnen. Wie viele der sechs bis sieben Millionen RWE-Privatkunden dieses Angebot halten wird, muss sich zeigen.

Rekordeinnahmen bei den Energiekonzernen

Eon-Chef Bernotat: „Nicht die Praxis“

Dabei können sich die großen Energiekonzerne über zu niedrige Gewinne nicht beklagen: RWE konnte im November ein glänzendes Geschäftsjahr 2007 vermelden. Die Einnahmen seien sogar noch höher als erwartet. Auch Eon gab zeitgleich bekannt, seine Einnahmen in diesem Jahr um zwölf Prozent auf 7,1 Milliarden Euro



gesteigert zu haben. Milliardengewinne sind offenbar jedoch kein Grund für die Energieriesen, ihre Preise kundenfreundlicher zu halten. „Das ist nicht die Praxis von Unternehmen, die am Markt operieren“, begründet Eon-Chef Wulf Bernotat seine Firmenpolitik.

Ermittlungen durch Kartellamt

Seit ab 1. Juni der freie Wettbewerb gilt, kann den Energiekonzernen bei ihrer Preispolitik niemand reinreden. Erst, wenn die Strom- oder Gaspreise eines Anbieters exorbitant steigen, treten die Kartellbehörden auf den Plan. So ermittelt das Landeskartellamt NRW bereits beim

Mülheimer Gasversorger MEDL wegen möglicherweise überhöhter Gaspreise, andere Unternehmen habe die Behörde „im Visier“, sagt Bernhard Mouseck vom Landeskartellamt NRW. Wie erfolgreich solche Kontrollen sind, ist ungewiss: „Wir bewegen uns da noch auf juristischem Neuland.“

<http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~E9CCDE840D6F641128B3F9447764B87B6~ATpl~Ec ommon~Scontent.html>



Allensbach-Analyse

Preisschock auf dem Energiemarkt

Von Professor Renate Köcher, 21.12.07

Der Anstieg der Energiepreise alarmiert die

Bevölkerung zunehmend. Seit dem Frühsommer dieses Jahres hat sich der Anteil der Bürger, den die Entwicklung der Preise für Strom, Gas und Öl sehr beschäftigt, von 41 auf 57 Prozent erhöht. Es gibt wenig anderes, was zurzeit auch nur annähernd so viel Beunruhigung hervorruft. Die Höhe der Steuern und Sozialabgaben, die Sicherheit der staatlichen Renten, die Folgen der demographischen Entwicklung, der Klimawandel, die Stabilität des Aufschwungs – alle diese Themen berühren die Bevölkerung weniger als die bange Frage, ob sich der Anstieg der Energiepreise weiter fortsetzt.

Nur 12 Prozent machen sich zurzeit große Sorgen, dass die Konjunktur schwächeln könnte, nur 17 Prozent beunruhigt die demographische Entwicklung; der Klimawandel stimmt trotz der ständigen Alarmrufe aus der Politik nur 25 Prozent der Bevölkerung sehr besorgt, die Höhe der Steuern und Sozialabgaben 35 Prozent. Dagegen ist zurzeit die Hälfte der gesamten Bevölkerung durch die Entwicklung der Energiepreise alarmiert, und zwar unabhängig davon, ob es sich um die Preisentwicklung bei Benzin, Öl, Gas oder Strom handelt.

Vor allem untere Einkommenschichten stark belastet

Obwohl der schwache Dollar die Auswirkungen des Preisanstiegs auf den Weltenergiemärkten für die Euro-Länder mildert, ...

Menschen reduzieren das Autofahren

Preisabsprachen der Konzerne werfen schlechtes Licht auf die Branche

Anhänger der Linken wollen Energieversorgung verstaatlichen

Bürger setzen auf regenerative Energien

Baldiger Ausstieg aus Kernenergie unrealistisch

